

Nach der Entführung der kleinen Ylenia tappt die Polizei im Dunkeln, und die Medien fischen im Trüben **SEITE 11**

Anders als die Deutschschweizer wissen die Welschen zwischen Sommer und Arbeit zu unterscheiden **SEITE 11**

Einkaufstourismus auf ärztliches Rezept

Arbeitsgruppe soll Vorschläge für kostensenkende Massnahmen im Gesundheitswesen liefern

Der Bundesrat lässt prüfen, ob im Ausland gekaufte Medikamente künftig von der Krankenkasse vergütet werden. Die Abschaffung des Verbotes ist jedoch heftig umstritten.

ERICH ASCHWANDEN

Nicht nur viele Konsumgüter, auch Arzneimittel sind jenseits der Grenze häufig massiv günstiger als in der Schweiz. Das gilt auch für verschreibungspflichtige Medikamente sowie medizinische Hilfsmittel, etwa Batterien für Hörgeräte. Patentgeschützte Medikamente sind hierzulande rund 14 Prozent teurer als in europäischen Vergleichsländern. Bei Originalprodukten mit abgelaufenem Patentschutz liegt die Differenz bei 20 Prozent, bei Generika sogar bei 53 Prozent. Dies zeigt ein im April veröffentlichter Auslandspreisvergleich des Kaserverbandes Santésuisse und des Pharmaverbandes Interpharma.

Umdenken beim Bundesrat

Doch wer solche Medikamente im Rahmen eines Einkaufsbummels und nicht für den Notfall ersteht, bekommt die Kosten von seiner Krankenkasse nicht zurückerstattet. Dies verbietet das im Krankenversicherungsgesetz verankerte Territorialitätsprinzip. Bisher hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) diese Regelung mit Nachdruck durchgesetzt. In mehreren Fällen hat es Krankenkassen gemahnt, weil sie Arzneimittel bezahlten, die Versicherte im grenznahen Ausland auf Verordnung eines Schweizer Arztes bezogen hatten. Doch jetzt gerät diese restriktive Politik ins Wanken. In der Antwort auf Vorstösse von Nationalrat Christian Lohr (cvp., Thurgau) und Ständerat Erich Ettl (Obwalden, cvp.) erklärt sich der



Ob die Tablette im In- oder Ausland erworben wurde, könnte bei der Vergütung bald keine Rolle mehr spielen. CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Bundesrat bereit, zu prüfen, «ob eine Vergütung von bestimmten im Ausland gekauften Arzneimitteln unter gewissen Voraussetzungen sinnvoll sein könnte».

Laut BAG-Sprecher Andrea Arcidiacono sind die entsprechenden Arbeiten im Rahmen der Expertengruppe «Kostendämpfungsmaßnahmen zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflege» im Gange. Dieses im September 2016 eingesetzte Gremium wird

seinen Bericht im Herbst vorlegen. «Auf dieser Basis wird der Bundesrat eine Aussprache führen und über weitere Massnahmen entscheiden», führt Arcidiacono aus.

Der Gruppe unter Leitung der früheren Zürcher Regierungs- und Ständerätin Verena Diener gehört neben Experten aus der Schweiz, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden Preisüberwacher Stefan Meierhans an. Interessenvertreter von Krankenkassen und

Pharmaindustrie sind hingegen nicht vertreten. Im März erklärte Meierhans gegenüber der «Sonntags-Zeitung», das Territorialitätsprinzip sei nicht mehr haltbar, da es die Hochpreisinsel Schweiz begünstige. Der Bund dürfe die Krankenversicherten nicht dazu zwingen, ihre Medikamente in der Schweiz zu kaufen.

Entschieden Widerstand gegen jedwede Lockerung kündigt die Pharmabranche an. Das Territorialitätsprin-

zip müsse weiterhin für alle Leistungen gelten, fordert Sara Käch, Sprecherin des Verbands der forschenden pharmazeutischen Firmen, Interpharma.

«Würde man für Medikamente und Medizinalprodukte eine Ausnahme machen, wäre dies der erste Schritt, um das ganze Schweizer Gesundheitssystem zu unterlaufen, das Leistungen bisher auf das Gebiet innerhalb der Landesgrenzen beschränkt», betont Käch. Zudem würde auf diese Weise die Autorität der Heilmittelbehörde Swissmedic untergraben.

Medikamente aus Indien

Die Krankenkassen hingegen kämpfen schon lange für eine Anpassung des Gesetzes. Als besonders krasses Beispiel führt Sandra Kobelt vom Dachverband Santésuisse Medikamente gegen das Hepatitis-C-Virus an. Zwar hat das BAG beschlossen, dass das Mittel Zepatier ab dem 1. Juli von der Kasse ohne Einschränkung vergütet werden kann. Dies nachdem der Hersteller Merck Sharp & Dohme AG den Preis um 35 Prozent gesenkt hatte.

Allerdings liegen die Therapiekosten immer noch bei rund 31 000 Franken. In Indien kostet eine Therapie zwischen 1500 und 1600 Dollar. «Doch für diese Medikamente aus sicherer Quelle dürfen die Kassen keine Rückerstattung zahlen», sagt Kobelt. Sie befürchtet, dass Vorschläge zur Lockerung des Territorialitätsprinzips im Parlament einen schweren Stand haben werden, weil dort die Interessen der Pharmaindustrie über alle Parteigrenzen hinweg überwiegen.

Gespannt darf man sein, wie sich die vom Bund eingesetzten Experten zu einer Lockerung des Territorialitätsprinzips im Bereich der ambulanten Spitalbehandlungen äussern. Sowohl Bundesrat wie auch Kantone wollen von einer vollständigen Aufhebung nichts wissen.

«Jugend und Sport» soll Pforten wieder öffnen

Der Verzicht auf die Aufnahme zusätzlicher Sportarten in das Förderprogramm sorgt für Unmut

Seit acht Jahren nimmt das Förderprogramm «Jugend und Sport» keine neuen Disziplinen mehr auf – weil der Bund sparen muss. Doch der American-Football-Verband und Verbündete machen nun Druck.

SIMON HEHLI

Rund um «Jugend und Sport», kurz J+S, rumort es in diesem Jahr gehörig. Bis jetzt vor allem wegen der evangelischen Jugendverbände, die sich dagegen wehren, dass der Bund ihnen wegen des Verdachts, sie missbrauchten ihre Kurse zur Missionierung, die Unterstützung streicht. Andere Organisationen hingegen haben gar nicht erst Zugang zu den Geldquellen erhalten – und wollen das nun ändern.

Zugedrehter Hahn seit 2009

Stein des Anstosses ist ein Moratorium, das der Bundesrat vor acht Jahren im Rahmen eines Stabilisierungsprogramms für den Bundeshaushalt beschlossen hat. Seither können aus Kostengründen keine neuen Sportarten mehr das begehrte J+S-Siegel beantragen. Gut 100 Millionen Franken gibt die Eidgenossenschaft in diesem Jahr für die

über siebzig bei J+S vertretene Sportarten und Disziplinen aus.

«Wir erreichen damit gegen 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die in einem Sportverein tätig sind», sagt Christoph Lauener vom Bundesamt für Sport (Baspo). Aber eben nicht alle. So fehlen auch einige olympische Sportarten auf der Liste – etwa Cricket, Gewichtheben, Tontaubenschiessen oder Skateboard.

Der schweizerische Verband der – nichtolympischen – Disziplin American Football (SAFV) peilt erklärtermassen eine Aufnahme ins J+S-Programm an. In einem Argumentarium auf ihrer Homepage schreibt die Organisation, die «ungleiche Verteilung von nationalen Fördergeldern» sei nicht mehr zu rechtfertigen.

Ohne J+S-Label ist es schwierig

Der Verband weist darauf hin, dass es nicht nur um Geld gehe, sondern auch um das Qualitätslabel J+S selber: Bei verschiedenen kantonalen oder kommunalen Programmen wie dem Ferienpass oder dem freiwilligen Schulsport würden von den Trainern J+S-Anerkennungen in ihrer Sportart erwartet, wodurch American Football und die anderen betroffenen Sportarten unberücksichtigt blieben. Der SAFV streicht zudem den Wert der eigenen Sportart im Kampf

gegen die Fettleibigkeit hervor, der auch dem Bundesrat ein Anliegen ist. «Eher schwerere Jungs und Mädchen», die bei vielen anderen Sportarten ausgegrenzt würden, hätten dank American Football eine «gute Chance, Sport und Bewegung wieder positiv zu erleben».

Grösse als Kriterium?

Mit Andrea Gmür haben die von «Jugend und Sport» Ausgeschlossenen eine Fürsprecherin im Bundeshaus gefunden. Die Luzerner CVP-Nationalrätin fordert vom Bundesrat, das Moratorium aufzuheben – und hat sich dafür den Support von 36 Ratskollegen aus allen anderen Fraktionen gesichert. Gmür schreibt in ihrer in der Sommersession eingereichten Motion, die Begrenzung der Sportarten wirke mittlerweile willkürlich und nicht immer zeitgemäss.

«Das Angebot von und auch die Nachfrage nach Sportarten in der Schweiz hat sich in den letzten acht Jahren markant verändert.» Die Parlamentarierin schlägt vor, dass Sportarten, die eine gewisse Grösse – beispielsweise 600 Kinder und Jugendliche – erreichen und über etablierte Verbands- und Vereinsstrukturen verfügen, unter das J+S-Dach schlüpfen können.

Beim American Football wäre das der Fall, laut Sprecherin Valérie Durus-

sel hat der Verband gegen 700 Lizenzen im Juniorenbereich ausgestellt. Geht es nach Andrea Gmür, soll die Aufhebung des Moratoriums nicht zu einer höheren Belastung der Bundeskasse führen.

Dies einerseits, weil die neu aufzunehmenden Sportarten relativ wenige Junioren zählen. Andererseits sieht Gmür Einsparpotenzial, wenn kleinere Disziplinen zu Gruppen zusammengefasst würden – etwa Judo, Karate und Jiu-Jitsu zur Gruppe Kampfsportarten.

Skepsis in der Verwaltung

Christoph Lauener vom Bundesamt für Sport ist dennoch skeptisch, ob eine Aufhebung des Moratoriums einen Sinn ergibt. Eine J+S-Sportart zu entwickeln, sei mit viel personellem und finanziellem Aufwand verbunden. «Gewichtheben oder Tontaubenschiessen sind Exoten, für die der Aufbau einer J+S-Struktur doch eher fragwürdig scheint.»

Eine andere Haltung hat der Sportdachverband Swiss Olympic. «Wir sind uns bewusst, dass der Bund sparen muss, dennoch sind wir grundsätzlich für eine Aufhebung des Moratoriums», sagt Sprecher Alexander Wäfler. Diese Position kommt allerdings nicht ohne kleine Einschränkung aus: «Die Förderung von neuen Sportarten darf nicht zulasten der bereits heute unterstützten Disziplinen gehen.»

Weltmeister im Verkauf von Bio-Eiern

(sda) · Die Schweiz ist beim Verkauf von Bio-Eiern weltweite Spitzenreiterin. Jedes fünfte als Schalenei gekaufte Ei im Detailhandel wurde nach Bio-Richtlinien produziert. Dies, obwohl die Preise für Bio-Eier deutlich höher sind. Schweizer Bio-Eier kosteten in der Periode 2012 bis 2016 durchschnittlich 35 Prozent mehr als Freiland-Eier, heisst es im jüngsten Marktbericht Bio des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW). Die Eier kosten mehr wegen der hohen Anforderungen an die Haltung von Bio-Legehennen.

Die artgerechte Haltung der Hühner scheint den Schweizerinnen und Schweizern den höheren Preis wert zu sein. Freiland- und Bio-Eier machten im vergangenen Jahr über 80 Prozent der produzierten Eier im nationalen Handel der Schweiz aus. Rund 75 Prozent der in der Schweiz gehaltenen Legehennen haben regelmässigen Auslauf im Freien. Die Entwicklung spiegelt sich demnach auch in den Supermarktregalen wider: Bio- und Freiland-Eier hätten in den letzten Jahren deutlich mehr Platz in den Regalen erhalten – auf Kosten der Schweizer Bodenhaltungs-Eier.

Das BLW sieht als Grund für die starke Nachfrage nach Bio- und Freiland-Eiern eine Bewusstseinsveränderung der Konsumenten in Bezug auf die Geflügelhaltung.